

Niederschrift (Öffentlicher Teil)

Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 19.11.2024
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:20 Uhr
Raum, Ort: Verw.Geb. Mozartstraße Raum 207, Mozartstraße 2-10, Aachen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Hilde Scheidt

Bemerkung

anwesend

Gremienmitglieder

Name

Peter Tillmanns

Karin Schmitt-Promny

Tobias Benedikt Tillmann

Nadine van der Meulen

Doris Müller

Karl Simons

Jonas Török

Margret Vallot

Roswitha Frenzel

Hans-Jürgen Bengner

Nassim Navvabi-Garakani

Horst Kreutz

Benno Pauls

Andre Kaldenbach

Gisa Haring

Julia Rejf

Carsten Brehm

Udo Breuer

Heinrich Brötz

Mara Mendes

Bernd Schwarze

Bemerkung

anwesend ab 17:20 Uhr

anwesend

anwesend

anwesend

Vertretung für: Lukas Krott

anwesend ab 17:10 Uhr

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

Vertretung für: Luisa Hoffmann

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend bis 18:30 Uhr

Mitarbeiter der Verwaltung

Name

Tobias Grundmann

Bemerkung

anwesend

Schriftführung**Name**

Melanie Olbertz

Bemerkung

anwesend

AbwesendGremienmitglieder**Name**

Lukas Krott

Eva Maria Birkenbusch

Luisa Hoffmann

Kriminalhauptkommissar Peter Arz

Suzanne Brantin

Astrid Brokmann

David Janecek

Dr. Robert Neugröschel

Thomas Weinen

Dr. Simone Köster

Bemerkung

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

Gäste:

Sigrid Ophoff (AG Behindertenhilfe)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von KJA und ASW vom 08.10.2024	
3	Sachstand Aachener Jugendring e.V. – Jugendzeltplatz Aachen Es wird zusätzlich mündlich berichtet	FB 45/0635/WP18
4	Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/ Walheim vom 09.08.2024, „Ertüchtigung des Bolzplatzes in Kornelimünster oder Alternativen“	FB 36/0535/WP18
5	Konsumfreier Spiel- und Familienraum in der Aachener Innenstadt - Projekt-Evaluation Die Unterlagen wurden nachgereicht	FB 45/0637/WP18
6	Statusbericht über den Stand der Fördermittelanträge aus dem Bereich Kindertagesstätten und -tagespflege	FB 45/0634/WP18
7	Verringerung der Kita-Beiträge bei gekürzter Betreuung – hier: Ratsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 02.07.2024 (440/18)	FB 45/0632/WP18
8	Sachstandsbericht Zukunftsfonds	FB 45/0638/WP18
9	Antrag des AWO Fanprojektes Aachen auf Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem FB 45	FB 45/0636/WP18
10	Anpassung der Leistungsvereinbarung für das Medien - und Kulturzentrum Philipp - Neri - Haus Die Unterlagen wurden nachgereicht	FB 45/0641/WP18
11	Stellungnahme zur Empfehlung des Integrationsrates vom 29.03.2023 zur Implementierung einer Antidiskriminierungsstelle für Diskriminierung im schulischen Bereich	FB 45/0639/WP18
12	Antrag des Vereins Kinder- und Jugendhilfe Driescher Hof e.V gemäß Pos. 40 Stadtjugendplan auf Förderung der Sanierung der Treppenanlage	FB 45/0640/WP18
13	Antrag des Kinder- u. Jugendtreffs „Space“ Walheim e.V. gemäß Pos. 40 Stadtjugendplan auf Zuschuss zur Fassadensanierung	FB 45/0648/WP18
14	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Scheidt eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Lehnen wird als neuer persönlicher Stellvertreter von Frau Mendes für den Jugendamtselternbeirat (beratend) verpflichtet. Frau Scheidt wünscht ihm für seine Tätigkeit im Ausschuss alles Gute.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von KJA und ASW vom 08.10.2024 ungeändert beschlossen

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig / Mehrheitlich, **0** Gegenstimmen, **1** Enthaltungen

Zu 3 Sachstand Aachener Jugendring e.V. – Jugendzeltplatz Aachen zur Kenntnis genommen FB 45/0635/WP18

Herr Krebs (1. Vorsitzender) und Herr Bohn (stellvertretender Vorsitzender) der Arbeitsgemeinschaft Aachener Jugendverbände (AJR) stellen die Aufgaben und Tätigkeitsbereiche des AJR sowie den Jugendgruppenzeltplatz „Gut Strief“ anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem) vor.

Frau van der Meulen dankt den beiden für ihre Ausführungen und erkundigt sich nach der Barrierefreiheit des Zeltplatzes, um auch jungen Menschen mit Beeinträchtigungen eine Teilnahme der dort stattfindenden Angebote ermöglichen zu können.

Herr Bohn bestätigt, dass der Zeltplatz barrierefrei sei, es gebe auch eine behindertengerechte Toilette sowie eine ebenerdig befahrbare Tür für Menschen mit einem Rollstuhl. Es sei zudem möglich, dass Menschen mit Unterstützungsbedarf von Einzelhelfer*innen aus den Verbänden begleitet würden. Er würde sich wünschen, dass dies verstärkt angeboten werden könne, allerdings könne der AJR eine vollständige Finanzierung bzw. Abrechnung einer 1:1 Betreuung nicht leisten.

Frau Schmitt-Promny bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Sie erkundigt sich danach, ob der AJR sich vorstellen könne, ein Ferienspielangebot gezielt für Kinder mit Behinderung zu entwickeln. Weiterhin habe sie festgestellt, dass der Vorstand ausschließlich mit männlichen Mitgliedern besetzt sei und erkundigt sich nach den Gründen hierfür.

Herr Krebs berichtet, dass der Vorstand gerne auch Frauen aufnehmen würde. Aktuell werde nach interessierten Mitgliedern für die anstehenden Neuwahlen gesucht. Ziel sei es, den Vorstand paritätisch zu besetzen. Dennoch sei jede Person willkommen, die sich zur Übernahme der Tätigkeit bereit erklären würde.

Herr Bohn ergänzt, dass es schwierig sei, überhaupt Personen für die Vorstandstätigkeit zu motivieren. Oftmals seien diese bereits in ihren eigenen Verbänden sehr ausgelastet. Zur ersten Frage von Frau Schmitt-Promny bezüglich eines inklusiven Ferienspielangebotes auf dem Zeltplatz sichert er zu, dies als Vorschlag mitzunehmen und hierfür – nicht nur bei den übrigen Verbänden, sondern beispielsweise auch an Schulen – zu werben.

Herr Krebs weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Durchführung eines solchen Angebotes bei den jeweiligen Verbänden liege. Dies könne aufgrund der personellen Ausstattung des AJR nicht durch diesen gestemmt werden.

Herr Pauls unterstützt den Hinweis von Herrn Krebs. Die meisten Verbände würden bereits Ferienspielangebote durchführen, der Vorstand des AJR sei dazu auch in den eigenen Verbänden tätig. Vor diesem Hintergrund sei es personell für den Vorstand nicht leistbar, darüber hinaus ein eigenes Ferienspielangebot zu entwickeln.

Frau Scheidt betont, dass es sich hierbei nur um eine Anregung gehandelt habe, dass der Vorstand des AJR den Jugendzeltplatz gezielt als Veranstaltungsort für Ferienspiele bewerben könne.

Herr Simons schließt sich dem Dank an und betont, dass der AJR ein Paradebeispiel für ehrenamtliches Engagement und demokratische Strukturen in der Jugendverbandsarbeit sei. Er regt allerdings an, das Berichts- und Abrechnungswesen im Stadtjugendplan deutlich zu vereinfachen. An ihn sei bereits vielfach herangetragen worden, dass die Abfragen zu komplex seien und die ehrenamtlich tätigen Personen überfordert seien.

Herr Krebs erläutert, dass bereits versucht worden sei, die Formalitäten zu vereinfachen. Gleichzeitig gebe der Stadtjugendplan aber auch Regeln vor, die eingehalten werden müssten. Es bestehe aber ein guter und konstruktiver Austausch mit der Verwaltung mit dem Ziel, den Plan zu überarbeiten und zu modernisieren.

Anlage 1 Vorstellung Aachener Jugending

**Zu 4 Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/ Walheim vom
09.08.2024, „Ertüchtigung des Bolzplatzes in Kornelimünster oder Alternativen“
zur Kenntnis genommen
FB 36/0535/WP18**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Zu 5 Konsumfreier Spiel- und Familienraum in der Aachener Innenstadt - Projekt-Evaluation
zur Kenntnis genommen
FB 45/0637/WP18**

Frau Scheidt dankt der Verwaltung für die Vorlage. Sie lobt den konsumfreien Familienraum als ein gelungenes Projekt.

Herr Kaldenbach bestätigt den Erfolg des Projektes, auch wenn die Berichterstattung in den lokalen Medien dies nicht direkt wiedergebe. Die beteiligten Akteure hätten in Räumen, die zunächst nicht für ein solches Angebot infrage kommen würden, dennoch den Versuch gewagt. Trotz anfänglicher Unsicherheiten habe für sämtliche Aspekte eine bauaufsichtliche Genehmigung vorgelegen, die Sicherheit der Kinder und Familien sei gewährleistet gewesen. Das Angebot sei sehr gut angenommen worden, der Erfolg sei auch für die Akteure überraschend gewesen. Der Spielraum sei nicht nur von Familien aus der Innenstadt besucht, sondern auch gezielt von Familien außerhalb Aachens angesteuert worden. Dies bekräftige den Bedarf nach einem solchen Angebot. Es habe sich bewusst um ein nicht kommerzielles Angebot ohne Eintritt gehandelt. Dies habe vermutlich ebenfalls zu dem

Erfolg geführt, da Familien sich auch kurzfristig zu einem Besuch hätten entscheiden können. Er dankt allen Beteiligten, unter anderem auch dem Studierendenwerk für die Begleitung.

Frau Scheidt unterstützt die positiven Aspekte und regt an, das Projekt aufgrund des Bedarfes und des Erfolgs zu wiederholen.

Herr Tillmann dankt der Verwaltung für die Ausführungen. Das Projekt sei zwar mit Herausforderungen und Provisorien verbunden gewesen. Dies sei aber von Beginn an klar gewesen, dafür sei es sehr gut umgesetzt worden. Insbesondere im Innenstadtbereich werde seit Jahren nach Aufenthaltsräumen für junge Menschen und Familien gesucht. Dass der Raum so gut angenommen worden sei, bestätige den Bedarf und sei eine gute Motivation, dies weiterzuverfolgen.

Frau Schmitt-Promny schließt sich dem Dank ebenfalls an. Auch wenn die möglichen Gefahrenquellen in so einem Raum berücksichtigt werden müssten, handle es sich gleichermaßen um einen interessanten Raum zum Entdecken. Dies sei für Kinder spannend. Der Raum sei auch mit den Provisorien gut nutzbar gewesen, es sei nicht zwingend notwendig, beispielsweise einen Wickeltisch aufzustellen. Ein solcher Raum für Kinder und Familien müsse auch bei den Planungen des Hauses der Neugier berücksichtigt werden.

Frau Ophoff berichtet, dass der Raum auch von Trägern besucht worden sei, die in ihren Gruppensettings auch Kinder mit Behinderung betreuen würden. Der Raum sei gut und barrierefrei erreichbar gewesen. Daher habe es sich um ein tolles Angebot für alle Kinder gehandelt.

**Zu 6 Statusbericht über den Stand der Fördermittelanträge aus dem Bereich Kindertagesstätten und -tagespflege
zur Kenntnis genommen
FB 45/0634/WP18**

Frau Vallot weist auf die Erläuterungen der Vorlage hin, wo unter Nummer 3 beschrieben werde, dass in 2024 ein Antrag einer Großtagespflegestelle gestellt und bewilligt worden sei. Sie erkundigt sich danach, um welche Großtagespflegestelle es sich gehandelt habe.

Herr Kaltenbach sichert die Beantwortung der Frage über die Niederschrift zu.

Nachtrag: Es handelt sich um die „Großtagespflege INFORM Minis“ in der Pascalstraße 51 in 52076 Aachen. Träger ist die sira Kinderbetreuung gGmbH mit Sitz in der Waltherstraße 27, 80337 München.

**Zu 7 Verringerung der Kita-Beiträge bei gekürzter Betreuung – hier: Ratsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 02.07.2024 (440/18)
zur Kenntnis genommen
FB 45/0632/WP18**

Frau Vallot führt aus, dass die aktuelle Situation in den KiTas von anhaltenden reduzierten Betreuungszeiten aufgrund von Personalmangel geprägt sei. In Gesprächen mit der Fraktion würden viele Eltern ihre Sorgen äußern, die Betreuung dann anderweitig sicherstellen zu müssen, beispielsweise über Verwandte. Jene Eltern, die nicht auf eine nahe Verwandtschaft zurückgreifen könnten, müssten dann andere kostenpflichtige Angebote wie Babysitting finanzieren. Ihr sei bewusst, dass die Situation nicht durch die Verwaltung oder den KJA verschuldet worden sei. Alle beteiligten Akteure seien sehr engagiert und kreativ auf der Suche nach Lösungen. Aber bislang habe noch kein nachhaltiges und gelingendes Konzept gegen den Fachkräftemangel gefunden werden können. Daher habe die Fraktion Die Zukunft diesen Ratsantrag gestellt und nun als Reaktion auf die

Vorlage einen Beschlussentwurf für die heutige Sitzung erarbeitet (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem). Nach Ansicht der Fraktion sollten die Eltern von KiTas, die in besonderem Ausmaß von den Betreuungsausfällen betroffen seien, eine Aufwandsentschädigung erhalten. Dies wäre ein gutes Signal an die Eltern, dass ihre Nöte und die Anspannung gesehen würden. Auch wenn es sich hierbei um eine freiwillige Leistung handeln würde, bittet sie um die Unterstützung des Ausschusses.

Frau Mendes unterstützt das Anliegen von Frau Vallot. Sie präzisiert, dass es nicht die Führung eines Stundenkontingentes für Eltern gehe, sondern es solle geprüft werden, in welchen Einrichtungen Eltern über einen längeren Zeitraum von Ausfällen betroffen seien. Es gebe einige KiTas, die dauerhaft eingeschränkte Betreuungszeiten anbieten würden und Eltern beispielsweise einmal wöchentlich um die Betreuung zu Hause bitten würden. Die Erstattung von Elternbeiträgen habe es in der Vergangenheit bereits gegeben, z.B. während der Corona-Pandemie. Die Eltern seien sich darüber im Klaren, dass es keinen Anspruch auf Erstattung gebe aber es wäre – wie von Frau Vallot ausgeführt – ein Zeichen.

Frau Schmitt-Promny betont, dass das Interesse der Eltern absolut nachvollziehbar und berechtigt sei, insbesondere wenn Kosten für eine Ersatzbetreuung anfallen würden. Allerdings möchte sie daran erinnern, dass es in hohem Maße Eltern in Aachen geben würde, die bereits beitragsbefreit seien. Zudem sei die Grenze der Beitragsbefreiung in Aachen – im Gegensatz zu anderen Kommunen – sehr hoch. Darüber hinaus werde mit dem Elternbeitrag nur ein kleiner Teil des KiTa-Betriebs finanziert. Die größten Finanzierungsanteile würden aus öffentlichen Mitteln und von Seiten der Träger geleistet. Bei einer Aufwandsentschädigung müsse auch überlegt werden, wie hoch diese ausfallen würde. Mit Blick auf die derzeitige Haushaltssituation bei den gleichzeitig notwendigen Ausgaben im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sehe sie keinen Spielraum für eine solche Ausgabe.

Frau Navvabi bekräftigt das berechtigte Interesse der Eltern und wünsche sich eine konstruktive Lösung, um sie zu unterstützen. Ihrer Ansicht nach sollte im Rahmen der KiBiz-Revision eine grundsätzliche beitragsfreie Betreuung diskutiert werden. Auch wenn sie die Argumentation von Frau Schmitt-Promny nachvollziehen könne, müsse gesehen werden, was Eltern bereits leisten müssten. Voll berufstätige Eltern würden in der Ausübung ihrer Tätigkeit beeinträchtigt.

Frau Scheidt fasst zusammen, dass dies eine schwierige Lage sei. In Aachen seien allerdings bereits rund 50 % der Eltern vollständig und weitere 20 % anteilig beitragsbefreit. Somit gebe es bereits einen hohen Anteil an Eltern, die aufgrund ihrer vollen oder anteiligen Beitragsbefreiung entlastet würden. Bei den Beitragsbefreiungen handele es sich ebenfalls um eine freiwillige, politisch beschlossene Leistung. Die Stadt verzichte damit auf eine hohe Summe an Elternbeiträgen. Dies sei aus ihrer Sicht auch gut und richtig. Überlegungen dahingehend, wie der jetzige Engpass geregelt werden könne, seien zwar sinnvoll. Gleichzeitig frage sie sich, wie ein solches Konzept der Entschädigung aussehen solle: wie würden die Eltern ausgewählt? Wann gebe es einen Anspruch? Wie oft werde eine Entschädigung gewährleistet? Wären KiTas dann in der Pflicht der Dokumentation? Sie sehe den guten Willen aber gleichzeitig erkenne sie große Hürden.

Herr Tillmanns schließt sich Frau Schmitt-Promny und Frau Scheidt an. Aus juristischer Sicht müsse definiert werden, welche Merkmale unter eine „erhebliche Einschränkung“ fallen würden und ab wann Eltern als erheblich eingeschränkt gelten würden. Müsse ein Betreuungsausfall einmal wöchentlich anfallen oder einmal monatlich oder reiche bereits eine vorübergehende Krankheit des Personals aus? Er betont, dass allen Beteiligten die Situation der Eltern bewusst sei und insofern sei das Ansinnen der Fraktion verständlich. Aber die vorgetragenen, kritischen Anmerkungen seien stichhaltig. Er weist auch darauf hin, dass es sich bei den voll beitragspflichtigen Eltern um eine Minderheit handele.

Frau Vallot erläutert, dass die Eltern eine Entschädigung erhalten würden, in deren KiTas die meisten Ausfälle zu verzeichnen seien. Die kritischen Anmerkungen könne sie zwar nachvollziehen. Gleichzeitig handele es sich auch um eine emotionale Angelegenheit. Die Eltern seien ohnehin angespannt und fühlten sich von Verwaltung und Politik nicht ausreichend unterstützt. Sie befürchte, dass sich diese Stimmung weiter verschlechtere.

Frau Scheidt betont ausdrücklich, dass sowohl die Verwaltung als auch der KJA alles Mögliche unternehmen würden, um den Eltern entgegen zu kommen. Die heutige Diskussion sei gut und wichtig aber vieles könne nicht auf kommunaler Ebene gelöst werden, sondern sei Landesaufgabe.

Frau Schmitt-Promny bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass die Fraktion Die Zukunft den Eltern, die der Stadt und dem Ausschuss Vorwürfe machen würden, entschieden entgegentrete. Andernfalls untergrabe das die bisher geleisteten Bemühungen aller Beteiligten. Sie gibt zu überlegen, dass sich die Eltern in einer von Ausfällen betroffenen KiTa ein solidarisches Netzwerk untereinander aufbauen und zum Beispiel eine wechselseitige Betreuung organisieren könnten.

Frau Mendes weist darauf hin, dass der Jugendamtselternbeirat ein Konzept für eine Aufwandsentschädigung erarbeitet und an die politischen Fraktionen geschickt habe. Das Konzept definiere die Ausfälle klar und wann eine Entschädigung zum Tragen komme. Allerdings fehle es an genauen Statistiken und Zahlen, dem Jugendamtselternbeirat sei nicht bekannt, welche finanziellen Auswirkungen sich hieraus ergeben würden. Sie betont, dass es bereits ein hohes Maß an Solidarität und Unterstützungsbereitschaft in der Elternschaft gebe. Gleichzeitig könnten Eltern nicht ohne Weiteres in der KiTa aushelfen und die voll berufstätigen Eltern hätten keine zeitlichen Ressourcen hierfür. Sie würde sich mehr Kommunikation in der Angelegenheit wünschen, damit sich die Eltern mehr gesehen fühlen würden.

Frau Scheidt merkt an, dass der Fraktion die Grünen das Konzept nicht vorliegen würde. Auf kurze Nachfrage bestätigen auch die übrigen Fraktionen, dass ihnen das Konzept nicht bekannt sei.

Frau Scheidt empfiehlt, das Konzept an die Verwaltung zur Weiterleitung zu geben. Sie weist darauf hin, dass der ursprüngliche Ratsantrag der Fraktion Die Zukunft eine andere Intention verfolgt habe als der heute vorgelegte Beschlussentwurf mit dem Vorschlag der Aufwandsentschädigung. Diese müsse gesondert geprüft und beschlossen werden.

Herr Kaldenbach merkt an, dass es sich um eine sehr komplexe Sachlage handele. Er könne den Missmut der Eltern verstehen. Dennoch gelte es auch, die Situation in den KiTas zu berücksichtigen. Alle Beteiligten – nicht nur in den städtischen Einrichtungen, sondern trägerübergreifend – würden ihre sämtlichen Energien und Ressourcen darauf verwenden, zu verhindern, dass solche Betreuungsengpässe überhaupt entstehen würden. Hierbei handele es sich um eine gewaltige Aufgabe. Überdies liege der Verwaltung keine valide Datengrundlage über Ausfälle vor. Die freien Träger seien diesbezüglich nicht berichtspflichtig und als städtischer Träger befürworte er selbst die Fokussierung des städtischen Personals auf die pädagogische Arbeit als auf das Erheben von Daten. Darüber hinaus müsse auch darauf geachtet werden, was dem Personal in dieser ohnehin schwierigen Zeit zugemutet werden könne.

Frau Vallot bekräftigt, dass die Fraktion Die Zukunft den Eltern zu vermitteln versuche, welche Anstrengungen unternommen würden. Nichtsdestotrotz bestünden Zweifel bei den Eltern.

Frau Scheidt stellt fest, dass die Vorlage eigentlich nur zur Kenntnis genommen werden müsse. Sie könne allerdings heute nicht über den Beschlussentwurf der Zukunft abstimmen, da dieser eine Änderung der Elternbeitragsatzung zur Folge habe und ihr hierfür noch nicht genügend Informationen vorliegen würden.

Frau van der Meulen schließt sich den Bedenken von Frau Scheidt an. Aus ihrer Sicht sei der Beschlussentwurf zu unkonkret formuliert und es lägen ihr nicht genügend Informationen vor, um guten Gewissens eine Entscheidung treffen zu können. Es sei auch nicht die Art des Ausschusses, aus dem Stegreif zu entscheiden. Weiterhin bezweifle sie, dass eine Aufwandsentschädigung der richtige Weg sei, um die Notsituation der Eltern zu lindern.

Herr Kaldenbach betont, dass gerade Satzungsänderungen klare Regelungen und Abgrenzungen enthalten müssten. Andernfalls werde riskiert, dass die gesamte Satzung nichtig würde. Es müsse sehr klar definiert werden, was gewollt sei und mit welchem Aufwand das erreicht werden solle.

Frau Scheidt schlägt vor, die Vorlage heute wie geplant zur Kenntnis zu nehmen und der JAEB solle das Konzept an die Verwaltung zur Prüfung und Vorlage in eine der nächsten Sitzungen einbringen. Sie sei auch gerne dazu bereit, sich hierzu mit dem JAEB auszutauschen.

Frau Vallot erläutert, dass die Zukunft das Mittel der Satzungsänderung gewählt habe in Orientierung an das Vorgehen in anderen Kommunen.

Herr Tillmanns bittet um Klarstellung, ob Frau Vallot über den vorgelegten Beschlussentwurf abstimmen lassen möchte oder nicht. Er sehe die erneute Beauftragung der Verwaltung kritisch, da er die Vermutung hege, dass am Ende kein anderes Ergebnis stehen werde. In Anbetracht der aktuellen Aufgabenfülle sollte die Verwaltung nicht mit weiteren, nicht zielbringenden Prüfungen belastet werden. Sofern der Ausschuss zu dem Schluss gelange, die Beitragssituation anders zu gestalten, müsse aber auch klar sein, dass dies finanzielle Auswirkungen habe.

Herr Tillmann unterstützt das Angebot von Frau Scheidt, sich mit dem JAEB auszutauschen. Gleichwohl werde es keine kurzfristige Lösung geben. Da der vorliegende Beschlussentwurf der Zukunft ohnehin nachgebessert werden müsse, sehe er keinen Sinn darin, über diesen abzustimmen.

Aufgrund der Diskussion zieht Frau Vallot den Beschlussentwurf zurück.

Anlage 1 Beschlussentwurf Die Zukunft zu TOP Ö 7

**Zu 8 Sachstandsbericht Zukunftsfonds
 ungeändert beschlossen
 FB 45/0638/WP18**

Frau Schmitt-Promny dankt der Verwaltung für die gute Vorlage. Allerdings stelle sie mit Bedauern fest, dass die verfügbaren finanziellen Mittel aus dem Fonds nicht vollumfänglich abgerufen werden würden. Sie bittet daher die freien Träger im Ausschuss, nochmals für den Fonds zu werben. Die Mittel könnten für vielfältige Aktivitäten junger Menschen genutzt werden.

Herr Tillmann schließt sich Frau Schmitt-Promny an. Obwohl der Zukunftsfonds großzügig ausgestattet sei, werde er nicht in dem gewünschten Maße in Anspruch genommen.

Herr Tillmanns betont ebenfalls, dass der Fonds gut und wichtig sei. Es sei allerdings auffällig, dass die Mittel nicht abgerufen werden würden. Möglicherweise müssten die Voraussetzungen und Förderrichtlinien überarbeitet werden. Ebenso müsse geprüft werden, ob derzeit andere Fonds eher in Anspruch genommen und somit Doppelstrukturen bestehen würden.

Frau Vallot gibt zu bedenken, ob der Fonds vielleicht in den Schulen zu wenig bekannt sei oder ob er aufgrund möglicher Komplexität der Antragstellung und der Abwicklung nicht in dem Maße abgerufen werde. Zudem habe sie auf der Internetpräsenz der Stadt Aachen keine Informationen zum Zukunftsfonds gefunden, gegebenenfalls könne man hier noch nachsteuern.

Frau Scheidt berichtet, dass beispielsweise der Musikraum in der Hauptschule Aretzstraße mit Mitteln aus dem Zukunftsfonds finanziert worden sei. Insofern könne sie sich nicht vorstellen, dass der Fonds bei den Schulen so wenig bekannt sei. Dennoch stimme sie zu, dass er mehr beworben werden solle.

Herr Tillmanns betont, dass der Fonds zuletzt nochmals intensiv von der Verwaltung beworben worden sei. Im Ergebnis habe es dennoch keine Anträge gegeben. Er bezweifle daher, dass eine erneute Werbung den gewünschten Effekt erzielen werde. Seiner Ansicht nach müsse vielmehr die Struktur des Fonds überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Herr Kaltenbach erläutert, dass es auf der Internetseite der Stadt Aachen sehr wohl Informationen zum Fonds gebe. Gleichwohl könne überlegt werden, wie diese Angebote leichter gefunden werden könnten.

Beschluss:

1. Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt den FB 45 die Zugangsvoraussetzungen zur Inanspruchnahme des Zukunftsfonds zu überarbeiten und entsprechende Vorschläge dem Kinder- und Jugendausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

2. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt den FB 45 die Zugangsvoraussetzungen zur Inanspruchnahme des Zukunftsfonds zu überarbeiten und entsprechende Vorschläge dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig / Mehrheitlich, ☐ Gegenstimmen, ☒ Enthaltungen

**Zu 9 Antrag des AWO Fanprojektes Aachen auf Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem
FB 45
 ungeändert beschlossen
 FB 45/0636/WP18**

Frau Scheidt begrüßt Herrn Feis (Projektleitung) und Herrn Werny (Geschäftsführer AWO), die für Rückfragen an der Sitzung teilnehmen.

Frau van der Meulen erläutert, dass sie sich bei der Abstimmung enthalten werde. Die Fraktion Die Linke habe sich erfolglos um ein persönliches Gespräch mit dem Fanprojekt bemüht. Das Fanprojekt habe die Einladung nicht angenommen, was sie als bedauerlich empfinde.

Herr Feis erläutert, dass die Gesprächsanfrage in der letzten Spielsaison eingegangen sei. Diese Zeit sei für ihn sehr emotional und herausfordernd gewesen, insbesondere im Zuge der damaligen negativen Berichterstattung zur Alemannia. Während dieser Zeit hätten viele Gespräche mit dem Verein stattgefunden. Er betont, dass sich das Fanprojekt sowohl ideell als auch finanziell unabhängig von der Alemannia sehe. Bei Eingang der Gesprächsanfrage habe er befürchtet, politisch instrumentalisiert zu werden. Er habe allerdings Bereitschaft signalisiert, Fragen schriftlich zu beantworten. Hierauf habe es aber keine Rückmeldung der Linken gegeben.

Frau Scheidt zeigt sich über die Ausführungen von Herrn Feis irritiert. Er, sowie das gesamte Fanprojekt hätten ein berechtigtes Interesse an der Gewährung der finanziellen Unterstützung. Die Fraktion Die Linke sei Teil des politischen Ausschusses, welcher über die Zuschüsse entscheide.

Frau van der Meulen weist den Vorwurf von Herrn Feis zur politischen Instrumentalisierung entschieden zurück. Es müsse auch dem Fanprojekt möglich sein, sich mit den politischen Fraktionen – und somit auch den Linken – auszutauschen. Die Linke würden allerdings ein persönliches Gespräch gegenüber schriftlichem Kontakt bevorzugen. Sie würde nun gegen den Beschlussvorschlag stimmen.

Herr Tillmanns weist darauf hin, dass das Fanprojekt selbst gute Arbeit leiste. Die Leistungsvereinbarung sei ursprünglich mit der StädteRegion Aachen abgeschlossen, die Stadt müsse aber formal ebenfalls eine abschließen. Es gebe nun zwei Möglichkeiten: entweder der Ausschuss befürworte die Leistungsvereinbarung und unterstütze somit die Weiterarbeit des Projektes. Oder aber die Vereinbarung werde abgelehnt und die Arbeit nicht weiter unterstützt. Auch wenn er die Verärgerung von Frau van der Meulen nachvollziehen könne, könne nicht das Interesse des Ausschusses sein, die Unterstützung für das Projekt einzustellen. Es müsse um die Frage gehen, ob das Projekt weiterlaufen könne und er persönlich befürworte das.

Frau Schmitt-Promny schließt sich Herrn Tillmanns an. Das Fanprojekt arbeite in seinen Workshops und an Schulen sehr gut mit jungen Menschen. Sie unterstütze daher das Projekt. Gleichwohl irritiere sie ebenfalls die Aussage von Herrn Feis. Ihrer Ansicht nach sei es wichtig, ein gutes Verständnis und einen guten Austausch miteinander zu haben. Sie regt daher an, als Fraktionen nochmals mit dem Fanprojekt ins Gespräch zu kommen.

Herr Tillmann äußert ebenfalls seine Überraschung über den Diskussionsverlauf. Rein formal befürworte er die Verlängerung der Leistungsvereinbarung und damit die Aufrechterhaltung des Projektes. Die Entscheidung hierüber müsse auch heute fallen, damit die Verlängerung zum 01.01. gelten könne. Unabhängig davon scheine es jedoch einen Klärungsbedarf im Umgang zwischen Fanprojekt und den Fraktionen zu geben, der aufgearbeitet werden müsse.

Herr Feis betont, dass er seine Aussage missverständlich formuliert habe. Er denke nicht, dass explizit die Fraktion Die Linke ihn politisch instrumentalisieren wolle. Im Gegenteil, er habe auch in der Vergangenheit einen guten Austausch mit der Fraktion erlebt. Vor allem das letzte Jahr sei schwierig gewesen und er habe den politischen Rückhalt vermisst.

Frau Scheidt weist darauf hin, dass sich die Aachener Politik sehr intensiv mit der Alemannia befassen würde und der Verein oftmals Gegenstand politischer Diskussionen sei. Sie schlägt vor, nun über die Leistungsvereinbarung abzustimmen und keinen weiteren Austausch zu den Inhalten oder zum Verein allgemein zu führen, denn das Fanprojekt müsse heute losgelöst von der Alemannia betrachtet werden. Gleichzeitig regt sie ein interfraktionelles Gespräch mit dem Fanprojekt an. Darüber herrscht Einvernehmen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss beschließt, dem Antrag des AWO Fanprojektes Aachen auf Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem FB 45 stattzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig / Mehrheitlich, 0 Gegenstimmen, 1 Enthaltungen

Zu 10 Anpassung der Leistungsvereinbarung für das Medien - und Kulturzentrum Philipp - Neri - Haus ungeändert beschlossen FB 45/0641/WP18

Herr Brehm verlässt aufgrund von Befangenheit den Beratungstisch.

Frau Schmitt-Promny erkundigt sich danach, ob die restlichen Mittel für das auslaufende Jugendcafé Pinu'u nun in das Jugendzentrum Philipp-Neri-Haus überführt werden sollen. Ihrer Ansicht nach sei diese Übertragung nicht möglich.

Frau Scheidt erläutert, dass keine Mittelübertragung stattfinden werde. Heute soll über eine neue Leistungsvereinbarung abgestimmt werden für das Jugendzentrum ohne das Pinu'u.

Herr Kaldenbach ergänzt, dass es bislang eine Leistungsvereinbarung mit dem Träger gegeben habe, die beide Einrichtungen – also das Jugendcafé und das Jugendzentrum – berücksichtigt habe. Infolge der Aufgabe des Pinu'u solle nun eine angepasste Leistungsvereinbarung für das Philipp-Neri-Haus geschlossen werden. Die Kosten für das Pinu'u seien herausgerechnet.

Beschluss:

Der Kinder und Jugendausschuss beschließt, dem Antrag des Katholischen Gemeindeverbandes Aachen Nord-West auf Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung im Bereich der Offenen Jugendarbeit für ihr Medien- und Kulturzentrum Philipp-Neri-Haus mit der Stadt Aachen stattzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig / Mehrheitlich, 0 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen

Zu 11 Stellungnahme zur Empfehlung des Integrationsrates vom 29.03.2023 zur Implementierung einer Antidiskriminierungsstelle für Diskriminierung im schulischen Bereich zur Kenntnis genommen FB 45/0639/WP18

Frau van der Meulen berichtet von der unabhängigen Antidiskriminierungsstelle für Schüler*innen „BANDAS“ in Köln. Diese sei ihrer Ansicht nach ein Paradebeispiel, da die Beratungsstelle nicht an die Stadtverwaltung ge-

Frau Schmitt-Promny greift das Beispiel von Frau van der Meulen auf, allerdings befürworte sie den Einbezug der Schulsozialarbeit, um miteinander eine Lösung zu finden. Dies erscheine ihr sinnvoller und gewinnbringender als sich an eine externe Beratungsstelle zu wenden. Sollte die Schulsozialarbeit die Notwendigkeit einer externen Moderation sehen, gebe es bereits viele gute Optionen in der Stadt.

habe dann zumindest telefonisch mit der Vorsitzenden, Frau Holtmann-Schnieder, nach Möglichkeiten der Umsetzung gesucht. Frau Scheidt habe sogar angeboten, dass der KJA nur in reduzierter Besetzung nach Köln kommen und man sich eine Stunde vor einer regulären Sitzung des LJA austauschen könne. Sie habe nun eine Ablehnung per E-Mail gehalten, dass aufgrund knapper zeitlicher Ressourcen keine Möglichkeit für ein Gespräch gesehen werde. Die Themen könnten auf lokaler Ebene besprochen und über die kommunalen Vertretungen in den LJA eingebracht werden. Diese Reaktion habe sie persönlich enttäuscht.

Frau Schmitt-Promny erläutert, dass sie ebenfalls Mitglied des LJA sei und die Diskussion über einen möglichen Austausch miterlebt habe. Der LJA sei zu dem Schluss gekommen, dass die aufgeworfenen Fragen nicht von Seiten des LJA beantwortet werden könnten. Daher habe sich die Mehrheit dagegen ausgesprochen.

Frau Scheidt betont, dass der KJA den Austausch zu diversen Themen gesucht habe. Dies sei auch so mit der Vorsitzenden besprochen worden. Sie hätte sich zumindest eine schriftliche Antwort mit einer sinnvollen Begründung gewünscht. Gerade in diesen herausfordernden Zeiten mit den vielfältigen Herausforderungen in verschiedenen Themenfeldern sei ein Austausch miteinander umso wichtiger. Sie habe den Eindruck, dass alles auf kommunaler Ebene aufgefangen werden müsse. Das Signal und die Unterstützung des Landes sei hier zu wenig.

2. Bericht Herr Kreutz von der AG § 78 KiTas und Kindertagespflege

Herr Kreutz berichtet von der letzten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 für den Bereich KiTas und Kindertagespflege am 11.11.2024. In dieser Sitzung seien zwei Vertretungen des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) zu Gast gewesen: Frau Lang (Abteilungsleiterin Fallmanagement) und Herr Ramcke (Leiter des Fachbereichs Querschnittsaufgaben und Eingliederungshilfen). Die AG habe im Vorfeld die verschiedenen Fragestellungen und Herausforderungen im Bereich Leistungen für Kinder mit (drohender) Behinderung nach dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) aufgearbeitet und vorgestellt. So seien beispielsweise Hürden in der Antragstellung, die lange Bearbeitungsdauer der Anträge, nicht nachvollziehbare Entscheidungen und Bescheide, die komplexe Abrechnung, fehlende Personalressourcen sowie die verbesserungswürdige Erreichbarkeit der Ansprechpersonen genannt worden. Ein Kind könne z.B. auch erst nach Vorliegen eines Bewilligungsbescheides in eine heilpädagogische Gruppe aufgenommen werden. Hier bestehe aber oftmals eine mehrmonatige Wartezeit bis zur Bescheidung, das Kind würde aber jetzt eine Betreuung benötigen. Er habe in der Sitzung festgestellt, dass es in diesem Themenfeld viele Emotionen und eine hohe Frustration gebe.

Die beiden Vertretungen des LVR hätten bestätigt, dass die Bearbeitungsdauer in der Tat zu lange dauern würde. Dies sei allerdings dem Umstand geschuldet, dass von den 90 Stellen im Fallmanagement derzeit 18 Vollzeitstellen nicht besetzt seien. In diesem Jahr seien bereits ca. 16.000 Anträge beim LVR eingegangen. Das vorhandene Personal sei überlastet.

Die AG § 78 habe weiterhin den Eindruck, dass zu Lasten der Kinder gespart werde. Es sei nicht transparent, nach welchen Kriterien Hilfen gewährt werden. Es sei auch bemängelt worden, dass in den seltensten Fällen eine Begutachtung des Kindes in der KiTa erfolge. Dies sei aber aus Sicht der Träger notwendig, da jedes Kind unterschiedlich sei und somit immer eine Einzelfallprüfung erfolgen müsse. Die Vertretungen des LVR hätten darauf hingewiesen, dass das BTHG-System unterfinanziert sei. In 2024 bestehe bereits ein hohes Defizit. Es werde aber nicht zu Lasten der Kinder gespart. Auch könne der Wunsch nach einer Prüfung vor Ort nachvollzogen werden, dies sei aber nicht leistbar. Es werde aber angestrebt, das Verfahren zu vereinfachen.

Insgesamt habe Herr Kreutz den Eindruck gewonnen, dass der LVR dazu bereit wäre, weiter im Austausch zu bleiben und die Verfahren nach Möglichkeit zu vereinfachen. Gleichzeitig werde die Arbeit aber auch dort durch den Personalmangel erschwert.

3. Schließung KOT Talbotstraße

Herr Grundmann berichtet, dass die WABE e.V. ihre Kleine Offene Tür in der Talbotstraße zum Ende des Jahres schließen werde. Die Besucherzahlen seien während und nach der Corona-Pandemie stark zurückgegangen. Das bedeute aber auch, dass die dort verortete halbe Stelle der mobilen Jugendarbeit für den Bereich Forst/Driescher Hof wegfallen werde. Somit müsse die Verwaltung nun zügig ein Interessensbekundungsverfahren starten, um die Stelle schnellstmöglich wieder neu vergeben zu können.

4. Eröffnung Babyfenster Marienhospital

Herr Grundmann berichtet, dass das Marienhospital das Babyfenster zum Jahresende eröffnen wolle. Die Verwaltung strebe an, die Planung eng zu begleiten, insbesondere aufgrund der wichtigen Schnittstelle zur Jugendhilfe – Inobhutnahme und Versorgung.

5. Gemeinsame Erklärung gegen Rassismus aller Jugendämter

Herr Grundmann weist auf die zu Beginn der Sitzung ausgelegten, gemeinsamen Erklärung der kommunalen Jugendpflege mehrerer Kommunen und Kreise sowie des LVR zum Thema „Demokratie ist nicht verhandelbar!“ hin (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem).

6. Rückzug der KiTa Albert-Maas-Straße

Frau Backhaus berichtet, dass die städtische KiTa in der Albert-Maas-Straße seit dem 22.10.2024 Oktober ihren Betrieb wieder in ihren eigenen Räumlichkeiten aufgenommen habe. Aufgrund einer notwendigen Dachsanierung und Renovierung sei die KiTa seit Juli in die beiden anderen Einrichtungen Am Pappelweiher und Mataréstraße ausgelagert gewesen. Der Rückzug in das eigene Gebäude sei gut verlaufen, insbesondere auch durch die Unterstützung der Elternschaft.

Anlage 1 Wortmeldung aus der kommunalen Jugendpflege

Hilde Scheidt
Ausschussvorsitzende

Melanie Olbertz
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin